

Bezugspreis:

Für die zweite Hälfte August 50000 Mark voraus zahlbar. Unter Kreuzband für die zweite Hälfte August für Deutschland, Danzig, Ost- und Westpreußen sowie Österreich und Ungarn 514 000 Mark, für das übrige Ausland 525 000 Mark.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Volk und Welt“, der Unterhaltungsbeilage „Heimwelt“ und der Beilage „Erdkunde und Kleingarten“ erscheint wochentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Redaktion: Dönhofs 292-295
Verlag: Dönhofs 2506-2507

Mittwoch, den 22. August 1923

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Postcheckkonto: Berlin 375 36 - Bankkonto: Direktion der Distrikto-Gesellschaft, Teichbänkestraße 3

Anzeigenpreis:

Die einseitige Kompatibilität kostet 200000 Mark. Restante 1000000 Mark. „Kleine Anzeigen“ das festgedruckte Wort 70000 Mark (60-180) zwei festgedruckte Worte, jedes weitere Wort 35000 Mark. Stellenangebote das erste Wort 40000 Mark, jedes weitere Wort 30000 Mark. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Familienanzeigen für Abonnenten Zeile 30000 Mark.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachm.

Poincarés Antwort überreicht.

Paris, 21. August. (Eco.) Wie der Vertreter der Expres-Korrespondenz an amtlicher Stelle erfährt, umfasst die französische Antwort an England, die heute früh übergeben worden ist, etwa 50 Druckseiten des neuen Selbstbuchs. Der erste Teil enthält eine Darstellung der französischen Reparationspolitik. Der zweite Teil die in zwei Kolonnen eingeteilte Antwort auf die letzte englische Note, in der auf der einen Seite der Text der englischen Note, auf der linken Seite die Antwort Poincarés steht. Diese zwei Teile allein umfassen 13 Seiten. Das französische Außenministerium hat gleichzeitig einen Auszug von etwa sieben Schreibmaschinenseiten hergestellt, der morgen früh der Presse zugehen wird. Die französische Note enthält verschiedene Vorschläge und Anregungen, die eine Fortsetzung der Verhandlungen ermöglichen sollen. Man glaubt, dass, wenn die englische Regierung in den französischen Dokumenten die Grundzüge für weitere Verhandlungen sieht, es sehr wohl möglich ist, dass die einzelnen Punkte in der neuen französischen Note eine weitere, ins einzelne gehende Ergänzung erfahren können. Bezüglich der von Frankreich für die deutschen Zahlungen vorgeschlagenen Garantien vertritt man hier den Standpunkt, dass es sich dabei nicht um unabhänderliche Pfändungen, sondern lediglich um Anregungen handelt, und dass ein solches Garantieproblem, das nicht nur allgemeine Gedankengänge entwickelt, sondern auch zuverlässige Mittel zur Durchführung der Garantien angeben könnte, eines eingehenden Studiums durch die englische Regierung sicher sein würde. Dies bezieht sich auch auf die Frage der rheinischen Eisenbahnen, wobei evtl. der Vorschlag einer Verpfändung der Reichsbank (?) an Stelle der von Frankreich vorgeschlagenen Verpfändung der rheinischen Eisenbahnen treten könnte. Die französische Note bringt zum Ausdruck, dass der französische und englische Standpunkt sich in den einzelnen Hauptpunkten sehr viel weniger scharf gegenüberstehen, als bisher schien. Insbesondere versucht die Note darzulegen, dass in der Frage der Reparationsziffer eine Einigung zwischen Paris und London sehr wohl möglich ist.

Paris, 21. August. (Eco.) Nach dem „Temps“ erinnert Poincaré in der Note daran, dass er die Grundlagen einer gerechten Lösung bereits ausführlich dargelegt habe. Weshalb verlangt Frankreich? fragt Poincaré und fährt dann fort, es verlangt für seine Wiedergutmachungen im ganzen Zahlungen von einem Augenblickswert von 26 Milliarden Goldmark. Darüber hinaus würde es nur in dem Maße Forderungen an Deutschland geltend machen, in dem es durch Forderungen seiner Gläubiger, England und die Vereinigten Staaten, hierzu gezwungen würde. Die nächste Frage, die der „Temps“ an Hand der Note aufwirft, lautet: Wie will Frankreich bezahlt werden? Poincaré habe dieses in großen Zügen in dem Dokument Nr. 23 des letzten Selbstbuchs angegeben, auf das er sich beziehe. Wie Frankreich seinerseits die Regelung des Ruhrkonflikts denke, habe Poincaré in den Anweisungen vom 11. Juli an den Grafen St. Lulairre ausgeführt, die das Dokument Nr. 25 des letzten Selbstbuchs darstellen. Auch auf dieses Dokument könne sich die französische Note beziehen. Wenn man sich erinnert, dass die französische Regierung bereits erklärt habe, sie würde nach Maßgabe dessen, was der deutsche Widerstand im Ruhrgebiet eingeschränkt werde, das militärische Regime im Ruhrgebiet mildern, dann müsse man feststellen, dass es überflüssig sei, noch die Abschätzung der deutschen Schuld und der deutschen Zahlungsfähigkeit zu diskutieren. Die französische Forderung gehe doch nicht auf unter 26 Milliarden, die belgische Forderung nicht auf unter 5 Milliarden und die englische Forderung nicht auf unter 14,2 Milliarden herunter. Es sei also klar, dass der Gesamtbetrag der Schuld bereits jetzt ungefähr feststehe und dass er die auch in England anerkannte Schätzung nicht übersteige. Er betrage sich um etwa 50 Milliarden Goldmark unter Vorbehalt der amerikanischen Forderung.

Wenn man sich nun noch im Prinzip über die Form der Zahlungen und über die Durchführung der Zahlungsleistungen einigen würde, dann wäre der Ruhrkonflikt im selben Augenblick gelöst. Hier scheint der „Temps“ auf die französischen Anregungen anzuspähen, die deutsche Schuld bzw. einen Teil davon durch Dritte garantieren zu lassen, worauf Frankreich die Ruhrbesetzung sofort ganz oder teilweise aufheben würde. Welches sind nun die Zahlungsleistungen, fragt das Blatt in seinem offensichtlich inspirierten Artikel und beantwortet diese Frage mit den Anregungen Poincarés in seinem Dokument Nr. 23, in dem als Einnahmequellen die Ausbeutung der Eisenbahnen auf dem linken Rheinufer, die Ausbeutung der Kohlenruben im Ruhrgebiet, die Erhebung von Geldzöllen und die Abgabe auf die Devisen, die der Export chemischer Produkte erbringt, genannt werden. Die französische Regierung bedauere außerordentlich, dass es ihr nicht möglich sei, diese Anregungen in ihrer heutigen Note näher auszuführen, da die englische Diplomatie sich zu dem in dem Dokument Nr. 23 enthaltenen Programm noch nicht geäußert habe und auch

das deutsche Kabinett noch nicht irgendwelche Vorschläge gemacht habe.

Die französische Regierung müsse sich insofern fragen, ob sie, wenn sie auf Einzelheiten eingeht, bevor das Programm im Prinzip angenommen ist, damit die Diskussion fördern würde. Die von Poincaré vorgeschlagene Zahlungsmethode würde gestatten, die durch die Eisenbahnen und Kohlenruben und der anderen vorgeschlagenen Einnahmen garantierten deutschen Schuldverschreibungen auf den Westbörsenplätzen in den Handel zu bringen. Diese Schuldverschreibungen würden dank ihrer guten

Garantie genügend Vertrauen erringen und zweifellos besonders in denjenigen Ländern gehandelt werden, wo die Reparationen bisher mit Hilfe innerer Anleihen finanziert worden sind, und die Träger dieser Anleihen würden geneigt sein, ihre Obligationen gegen die Werte umzutauschen, die durch in Deutschland gemachten Einnahmen garantiert würden. Die Schwierigkeit bestehe also nur noch darin, nach und nach Deutschland zu bewegen, die Lasten der französischen, belgischen und anderen Anleihen zu übernehmen. Die emittiert werden müssten, um dem Reparationsbedürfnis zu genügen.

Die belgische Antwort.

Paris, 21. August. (W.T.B.) Nach einer Havasmeldung aus Brüssel teilt „Ctoile Belge“ mit, dass die belgische Antwort Poincaré am Mittwochsabend überreicht werden wird und Donnerstag in London. Die Antwort werde sich mit der belgischen Priorität beschäftigen und daran erinnern, was Belgien bisher an Reparationen erhalten habe. Die belgische Regierung werde von neuem betonen, dass das

Ruhrgebiet für Belgien ein Pfand und ein Druckmittel auf den Schuldner darstelle. Die Tatsache, dass England in der Note zum ersten Mal die Höhe festgelegt habe, was es noch an Reparationen zu erhalten hoffe, könne nach Ansicht der belgischen Regierung die Fortsetzung von Verhandlungen möglich machen. In ministeriellen Kreisen sei man sehr optimistisch und glaube, dass die Verhandlungen weiter fortgeführt werden könnten.

„Ueber Thema darf nicht gesprochen werden.“

Paris, 21. August. (W.T.B.) Wie Havas aus Moulins berichtet, haben die Kommunisten im Generalrat des Departements Allier einen Antrag eingebracht, in dem gegen die Befehung des Ruhrgebietes Einspruch erhoben wird. Der Präfeld interponierte, worauf der Antrag mit 14 gegen 10 Stimmen von der Tagesordnung abgesetzt wurde.

26 Generalräte (Reisstage) haben sich sämtlich für die Außenpolitik Poincarés, besonders für die Ruhrbefehung ausgesprochen.

Oudegeest in Berlin.

Am Montag weihte der holländische Genosse Oudegeest als Vertreter des Internationalen Gewerkschaftsbundes in Berlin. Oudegeest nahm mit Vertretern des Parteivorstandes und mit sozialdemokratischen Reichsministern Rücksprache über die Entwicklung der wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse in Deutschland. Der Internationale Gewerkschaftsbund wird sich in den allernächsten Tagen mit dem Ergebnis dieser Besprechungen beschäftigen.

Die Beschlüsse des Reichskabinetts.

Ueber den Verlauf der Kabinettsitzung am Montag berichtet die Eco, dass die Beschlüsse, die gefasst worden sind, allgemeingehaltene Richtlinien sind, deren nähere Ausführung sich erst aus den Besprechungen mit den Parteiführern und den Wirtschaftsführern ergeben wird. Mittwoch früh werden Vertreter der Industrie, der Landwirtschaft, des Handels und der Banken gehört werden, nachmittags 5 Uhr ist die Besprechung mit den Parteiführern.

Unter den Beschlüssen ist am wesentlichsten derjenige über Schaffung eines Devisenfonds zur Sicherung der Er nähierung und zur Stützung der Mark. Nähere Einzelheiten sind jedoch in dieser Hinsicht noch nicht beschlossen worden.

Weiterhin wurde auch die Frage der Kohlenversorgung besprochen. Es wurde dabei zum Ausdruck gebracht, dass auch ein möglicher Fortfall der Kohlensteuer die deutschen Kohlenpreise angesichts der zu erwartenden weiteren Erhöhungen nicht unter das Weltmarktniveau herunterdrücken könnte, und daher eine Aufhebung der Kohlensteuer sehr fragwürdig sei. Als wirksames Mittel gegen weitere Kohlenpreiserhöhungen wurde dagegen eine Wettbewerbsmäßigmachung der zu zahlenden Kohlenpreise vorgeschlagen. Auf diese Weise würden die Jechen künftig den vollen Gegenwert der von ihnen gelieferten Kohlenlieferungen bekommen, während nach dem bisherigen System die Zahlungen meist erst zwei Wochen nach Lieferung geleistet werden, so dass dadurch eine starke Entwertung der bezahlten Beträge eingetreten ist.

Hilfe für die Gemeinden.

Die Geschäftsstelle des Deutschen Städtetages teilt mit: Vertreter der Kommunalverbände - Oberbürgermeister Böhm, Weims, Schmid, Miklaff, Landrat Clausner, Constantin - waren gestern beim Reichsfinanzminister, um schleuniges Eingreifen des Reichs zu verlangen und um die Kommunen liquide zu erhalten. Die Kommunalvertreter verlangten, dass das Reich mit einer großen Kreditation eintrete, um die Zahlungsfähigkeit der Gemeinden zu erhalten. Reichsfinanzminister Hilferding erkannte die Notlage der Städte an und sagte zu, mit Reichsmitteln zu helfen. Die Hilfsaktion soll auf dem Wege über die Länder mit größter Beschleunigung durchgeführt werden, so dass die Gemeinden noch im Laufe der Woche in den Besitz der nötigen Mittel kommen.

Das Spiel mit der Mark.

Der neue katastrophale Sturz der Mark in New York, der sich sofort auch auf den Berliner Markt übertrug, hat die Lebensmittelpreise wieder stark in die Höhe getrieben, bedroht Millionen von Arbeiterhaushalten mit dem Zwang zu neuer Einschränkung und Entbehrung, während sich gleichzeitig die ersten Vorzeichen einer zunehmenden Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit zeigen. Die geringfügige Steigerung, die sich im heutigen New Yorker Kurs zeigt, ändert nichts daran. Sorge und Erbitterung, kaum gedämpft durch die vorübergehende Unterbrechung in der Aufwärtsbewegung des Dollars, lastet auf der Arbeiterschaft; die Hoffnung, dass es mit den Steuer- und währungs politischen Maßnahmen der Reichsregierung gelingen würde, den Kurs der Mark auch nur einige Wochen zu halten, ist wieder einmal verflüchtigt.

Vertagt - nicht verloren. Das muß gegenüber den vorläufigen Urteilen mancher Vielweiser doch festgehalten werden. Von den Forderungen, die die Sozialdemokratie bei ihrem Regierungseintritt erhoben hat, ist nur ein Teil bisher erfüllt. Würde der Teil, der bisher erfüllt wurde, dazu ausreichen, den Markkurs zu stabilisieren, so hätte man sich die Mühe ersparen können, weitergehende Programmpunkte für die Steuer- und Währungspolitik aufzustellen. Die Sozialdemokratie hat immer betont, dass sie ihr Währungsprogramm als ein Ganzes auffaßt und daß sie es für verfehlt hält, einzelne Stücke aus ihm herauszureißen. Der Mißerfolg der Devisenverordnung und der Einheitskurse, die leider ohne die notwendigen Ergänzungsmassnahmen erlassen wurden, hat ihr leider nur zu sehr recht gegeben.

Um so mehr hat die Sozialdemokratie das Recht zu der Forderung, daß die Unterlassungen von früher angefaßts des neuen Marksturzes so bald als nur möglich nachgeholt werden. Die Steuermaschine ist auf ihren Druck hin endlich in Gang gekommen, die Goldanleihe des Reiches ist jetzt zur Zeichnung aufgelegt; weitere Maßnahmen sind angeordnet. Man sorge, daß sie nicht einen Tag zu spät kommen.

Ueber die Ursachen des letzten Marksturzes, der von New York aus seinen Ausgang nahm, besteht nach den vorliegenden Meldungen noch keine genügende Klarheit. Bemerkenswert ist aber doch, daß man an der nächstliegenden Ursache vorübergegangen ist. Der Marksturz in New York erfolgte an dem Tage nach der Erhöhung der Kohlenpreise, in demselben Augenblick, als der deutsche Kohlenpreis weit über denjenigen des Weltmarktes hinausgegangen ist. Bei der engen Fühlung, die zwischen den Kohlenproduzenten und dem Kohlenhandel besteht - die meisten Vorstände der Bergwerkskonzerne sind auch im Kohlenhandel führend - wäre es doch ein Wunder, wenn der Kohlenhandel die günstige Einfuhrkonjunktur verschlafen hätte, anstatt sich sofort die notwendigen Devisen zu sichern. Daß diese Devisenkäufe auf dem kostspieligeren, aber sichereren Weg über New York erfolgten, spricht nicht gegen unsere Vermutung. Der deutsche Kohleneinfuhrhandel ist wiederholt an ausländischen Börsenplätzen als Devisenkäufer aufgetreten.

Aber wie dem auch sei, Tatsache ist, daß die Ueberschreitung der Weltmarktpreise in Deutschland, die ja nicht nur bei der Kohle erfolgt ist, den Devisenbedarf außerordentlich steigern mußte. Wenn ausländische Ware billiger ist als deutsche, wird man um jeden Preis Ware hereinzubringen suchen. Es erweist sich jetzt als ein schwerer Fehler, daß das Kabinett Unno es unterlassen hat, die Wareneinfuhr einzuschränken. Man verbot den Devisenkauf, nicht aber den Kauf von Kupfer, Baumwolle oder anderen Waren, für den der Importeur Devisen zu kaufen berechtigt war. Die Folge davon war, daß die Nachfrage nach Devisen für Importzwecke anhalten mußte und sich sogar als berechtigt bezeichnen konnte.

Deshalb ist es jetzt notwendig, daß die Einfuhr aller entbehrlichen oder ausreichend im Inland herstellbaren Waren verboten wird. Damit nicht das Einfuhrverbot von den Interessenten zu Preissteigerungen für solche Waren, für die dann die Konkurrenz des Auslandes nicht mehr zu befürchten ist, ausgenutzt wird, wird eine scharfe Devisenpolizei der Kartellpreispolitik mit dem Einfuhrverbot Hand in Hand gehen müssen.

Mit Verböten allein aber kann man den Markkurs nicht halten. Erste Vorbedingung dafür ist die Schaffung eines ausreichenden, die Bedürfnisse des lebenswichtigen Importes deckenden Devisenangebots. Dazu braucht die Regierung Devisen. Sie kann sie fortlaufend aus den Deviseneinnahmen der Wirtschaft beschaffen. Dazu bedarf es einer Erfassung der Exportdevisen, einer planmäßigen Kontrolle und Zentralisation des Devisenverkehrs, um unbedingte Käufer abzuhalten. Die Erfassung der laufenden Deviseneinnahmen der Exporteure aber erfordert Vorbereitung und Zeit, hilft uns nicht über die Not des Augenblicks hinweg. Eine derartige Hilfe zu erreichen aber ist nur möglich, wenn man ohne Verzug einen erheblichen Teil der gehamferten Devisenorräte der Wirtschaft mobilisiert, teils indem man die Besitzer durch Steuermaßnahmen und Krediteinschränkungen zwingt, sie auf den Markt zu werfen, teils aber, und das ist die Notwendigkeit der Stunde, indem man erhebliche Devisen-

Letzter Markkurs in New York: Dollar = 5550000



bestände, die Handel und Industrie nicht herausgeben wollen, sofort und unter Anwendung schärfster Kontroll- und Strafbestimmungen enteignet. Wer dem deutschen Volke in Hungersgefahr und im Augenblick der Bedrohung durch das Ausland die mit seiner Arbeitskraft erarbeiteten Devisen vor-enthält, hat kein Recht, sein Eigentum von Organen des deutschen Volkes gegen fremde Eingriffe schützen zu lassen, muß seines gesamten Vermögens enteignet werden.

Das sind die nächsten, dringlichsten Arbeitsziele. Alle anderen Gefahren, mögen sie nun wirklich bestehen oder — wie die jetzt drohende Arbeitslosigkeit — von der herrschenden Klasse als Kampfmittel gegen Arbeiterschaft und Staat auch ohne Not herausbeschworen werden, dürfen von dem Ziele der Marktlösung nicht ablenken. Andere, die zu lange zögerten, haben das Elend von heute verschuldet. Die Regierung, die sich frei von Mitschuld fühlen will, wird die letzte Kraft aufbieten müssen, um die Spekulation gegen die Marktlösung mit allem Nachdruck und mit der größten Beschleunigung zu bekämpfen.

### „Wertbeständige Kredite“ der Reichsbank.

Seit einiger Zeit hat die Reichsbank wertbeständige Kredite eingeführt. Praktisch werden sie allerdings so gehandhabt, daß sie für den ernsthaften Geschäftsmann überhaupt nicht zu gebrauchen sind. Das „Berliner Tageblatt“ bringt darüber folgende Mitteilungen:

Wie wir aus Geschäftskreisen hören, werden zwar Kundenwechsel von der Reichsbank nicht mehr diskontiert, was an sich durchaus der unbedingten Notwendigkeit entspricht; vielmehr werden sie wertbeständig beliehen, und zwar derart, daß die Reichsbank auf den Wechselnehmer vier Fünftel der laut Dollarkurs eintretenden Geldentwertung abwägt — gegen Zahlung eines Diskontsatzes von 30 Proz. (Dessen Höhe läßt sich in Anbetracht des 20proz. Vorkurszinses der Reichsbank nicht nur verteidigen, sondern ist noch zu niedrig.) Der wesentliche Hinderungsgrund für den Kaufmann, sich dieser Kreditquelle zu bedienen, liegt darin, daß bei eventuellem Steigen des Dollarkurses der geliehene Papiermarktverfall unvermindert zurückgezahlt werden muß; die 80proz. Wertbeständigkeit bezieht sich also nur auf die Pflicht und nicht auf das Recht des Reichsbankkunden.

Aber alle diese Erwägungen sind in den meisten Fällen überflüssig, da man es auch heute — mitten im Zusammenbruch der Wirtschaft — noch immer nicht unbedingt nötig hat, wertbeständige Kredite aufzunehmen, da man, wie wir hören, noch immer Papiermarktkredite bekommen kann. Man braucht sich nur die Mühe zu machen, die obligaten drei Unterschriften zu besorgen und kann, was in vielen Fällen trotz der Prüfungen der Reichsbank und der von ihr gemachten Schwierigkeiten möglich ist, weiter an der Geldentwertung innerhalb von wenigen Tagen 100proz. Effektivgewinne auf Kosten der Allgemeinheit erzielen.

Das „Berliner Tageblatt“ hat durchaus recht, wenn es hier von einer bewußten oder unbewußten Sabotage der Reichsbank gegen die wertbeständige Kreditgewährung spricht. Es ist ein Glück, daß dieser Widerstand gegen die Goldkreditleitung endlich beseitigt wird, denn ohne die Ausschaltung der Papiermarktkredite ist eine wirksame Bekämpfung des Valutaelends nicht denkbar.

### Havenstein und seine Freunde.

Phantasien der „Deutschen Zeitung“.

Das Blatt des ehemaligen Pastors Maurenbrecher, die „Deutsche Zeitung“, veröffentlicht eine Zuschrift von „gut unterrichteter Seite“ zu dem Kampf um die Reichsbank. Der Einsender, der offensichtlich keinen englischen Kneifen nachsteht, welche Herrn Havenstein anlässlich des letzten Dollarkurses von 6 Millionen Mark ein Vertrauensvotum darbrachten, macht hier die Entdeckung, daß sich gegen die Reichsbank eine parteipolitische Agitation richte, deren Zweck es ist, die Reichsbank in die Gewalt der sozialistischen Gruppen zu bringen. Hinter den Politikern ver-

bergen sich zum Teil internationale Geschäftskreise, welche ihr Schicksal selber wollen. Die Personalveränderung würde bedeuten, daß der Kredit und die Mittel der Bank in aller- weitestem Umfang der sozialistischen Agitation zur Verfügung gestellt würden, und zwar ohne jede Kontrolle.

Es würde nicht lohnen, diese Ausgeburt einer krankhaften Phantasie, aus denen die Epoche der berüchtigten „Weisen von Zion“ nur allzu deutlich herausklingt, überhaupt zu verzeichnen, wenn man nicht den Zweck der Uebung durchschaute. Von einer parteipolitischen Agitation gegen Havenstein kann nicht mehr die Rede sein, nachdem alle Kreise, mit Ausnahme der Freunde Maurenbrechers, die Unmöglichkeit der bisherigen Reichsbankpolitik erkannt haben. Wie wenig die Sozialdemokratie ihrerseits auf eine persönliche Verquickung mit der Reichsbank Gewicht legt, geht schon daraus hervor, daß während des langen Kampfes gegen die unfähige Reichsbankleitung in maßgebenden Parteikreisen auch nicht eine Minute daran gedacht wurde, einen Sozialdemokraten für das Reichsbankdirektorium vorzuschlagen.

Die Freundschaft der Rechtsradikalen für Herrn Havenstein rückt in ein eigenartiges Licht, wenn man Gedankengängen folgt, welche der bekannte Positivist Welt-Valentin im „Börsen-Courier“ veröffentlicht:

„Der Kampf um die Währung personifiziert sich in dem Gegensatz: Hilferding—Havenstein. Der Streit um den Reichsbankpräsidenten Havenstein kennzeichnet die heutige deutsche Lage. Havenstein, der selbst ein Gut besitzt, erinnert in dieser Beziehung an den Reichstanzler Grafen Hertling, der auch nicht verstand, wieso die Berliner Arbeiter hungerten. Die Vorgänge in der Reichsbank und im Reichsfinanzministerium in den letzten Wochen legen nachgerade die Vermutung nahe, daß nicht nur Ungehörigkeit und Selbstfremdheit am Werke sind. Auch die rein wirtschaftlichen Beweggründe derer, die am deutschen Währungszerfall stark verdienen, können nicht so einflussreich sein. Das Motiv der Handlungsweise erscheint aber mit einemmal klar, wenn man sich eine politische Absicht dabei denkt. Wenn wir den Fall sehen wollen, daß eine bestimmte Personengruppe die Autorität der Republik ruinieren will, so gibt es tatsächlich dafür kein besseres Mittel, als die finanzpolitischen Maßnahmen der letzten Wochen. Das wäre eine Katastrophopolitik, aber doch wenigstens eine Politik — eine Politik mit einer ganz bestimmten Einstellung, durch die die Verwirklichung in weite Kreise getragen und so der Boden für eine rechtsradikale Diktatur vorbereitet wird. Maurenbrecher scheint sich die Erkenntnis, die hier geäußert wird, sehr zu eigen gemacht zu haben...“

### Strefemann und die Volkspartei.

Die Reichsgeschäftsstelle der Deutschen Volkspartei teilt mit: „Die deutschnationale Presse weist darauf hin, daß bei der Abstimmung über das Vertrauensvotum für das Kabinett Strefemann ca. 20 Mitglieder der Fraktion der Abstimmung über das Vertrauensvotum ferngeblieben sind, und schließt daraus auf eine starke Opposition in der Fraktion der DVP. gegen die große Koalition unter der Führung Strefemanns. Die „R. L. C.“, der Presseklub der DVP, bemerkt dazu folgendes: Die Zahl der 20 fehlenden Abgeordneten ist dadurch errechnet worden, daß auch alle Abgeordneten der DVP, gezählt sind, die wegen der bekannten Schwierigkeiten des besetzten Gebietes, aus Krankheits- oder aus sonstigen Gründen an der Tagung des Reichstages überhaupt nicht teilgenommen haben. Für die übrigen Mitglieder der Reichstagsfraktion der DVP, die nicht an der Abstimmung teilgenommen haben, gilt das, was bereits in der „R. L. C.“ Nr. 72 vom 17. August portalförmig festgestellt worden ist, nämlich, daß ihr Fernbleiben von der Abstimmung nicht als ein Protest gegen die Reubildung der Regierung auf der Grundlage der großen Koalition unter der Kanzlerschaft Strefemanns aufgefaßt werden darf, vielmehr war Dr. Strefemann dazu durch einen einstimmig gefassten Beschluß der Fraktion ermächtigt. Diejenigen Mitglieder der Fraktion der DVP, die der Stimmabgabe ferngeblieben sind, wollten dadurch lediglich zum Ausdruck bringen, daß sie nicht mit der Besetzung des Kabinetts in allen Einzelheiten einverstanden sind. Es trifft auch nicht zu, daß sich alle Landwirte der Fraktion der Stimmabgabe enthalten haben.“

Auch diese parteiamtliche Publikation kann natürlich nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Opposition von rechts bis in die Reihen der Volkspartei hineinreicht. Die deutschnationalen schämen sie natürlich mit allen Mitteln auf der Basis der in gewissen Kreisen so sehr beliebten Steuerföru. Der Gang der Ereignisse kann diese Opposition, um die sich die wirtschaftlich mächtigsten Kreise scharen, noch zu einer Entfaltung bringen, die zu den schärfsten Auseinandersetzungen führt.

### Die Mobilmachung der Fronde.

Es kann keinem Zweifel mehr unterliegen: Das Barometer steht auf Sturm. Die unerhörten Schwankungen des Dollarkurses zeigen, in welcher furchtbaren Lage uns die Wirtschaft der Regierung Becker-Cuno-Hermes-Havenstein gebracht hat, eine Lage, aus der nur verzweifelte Anstrengungen das Land noch retten können. Mit Recht weist die „Börsische Zeitung“ auf die schwere Belastung hin, die das neue Kabinett als Erbschaft übernommen hat. „Es ist bedauerlich, daß die neuen Minister sich nicht sofort über die Wirtschaft, die sie voranden, freimütig äußerten. Jede Zurückhaltung in diesem Augenblick bedeutet nur die Aufrechterhaltung der Möglichkeit für gewissenlose Agitatoren, das Volk über das zu täuschen, was unter der früheren Wirtschaft geschehen ist.“

Auch die „Zeit“ beginnt, sich deutlich gegen die Steuerfronde zu wenden:

„In Anbetracht dieser Sachlage scheint es wenig glücklich, daß einzelne Industrie- und andere Wirtschaftskreise ebenso wie Vertreter der Landwirtschaft jetzt bereits mit Erklärungen an die Öffentlichkeit kommen, daß sie nicht imstande seien, die neuen Steuern zu tragen. In diesen Kreisen sollte man sich keinen Augenblick über den gemäßigten Ernst der Lage täuschen, der durch die neuerlichen Sprünge des Dollarkurses die allgemeine Teuerung und die vielfach einsetzende Arbeitslosigkeit hervorgerufen worden ist. Man sollte in jenen Kreisen auch nicht vergessen, daß die Steuererhöbungen in ihrer rohen Form vom Reichstag mit einer an Einstimmigkeit grenzenden Mehrheit angenommen worden sind, und zwar unter aktiver Beteiligung an ihrer Ausarbeitung von Vertretern aller Wirtschaftszweige mit Einschluß der Landwirtschaft, hier unter besonderer Anteilnahme der Landwirte in der deutschnationalen Volkspartei. Alle Zweige der Wirtschaft haben sich damals bereit erklärt, ihren vollen Anteil der Lasten zu tragen. Es geht also nicht an, daß nun bereits, wo die erste Spannung übermunden zu sein scheint, hier und da Klagen über die Unmöglichkeit der Steuererfüllung ertönen.“

In der gleichen Nummer wendet sich der volksparteiliche Abgeordnete Hugo ebenfalls gegen die Tendenz der Sachwert- und Substanzhaltung, die Herr Gothein immer noch, als wenn nichts passiert wäre, im „Acht-Uhr-Abendblatt“ predigt:

„Daß diese Herauslösung nicht aus den normalen Einnahmen der Wirtschaft, auch nicht aus verfügbaren Krediten bestritten werden kann, sondern daß es zu einem tiefen Eingriff in die Substanzwerte kommen muß, ist selbstverständlich auch gewollt. Man kann nicht halbmachen vor den Sachwerten, die sich der wirtschaftende Teil des deutschen Volkes im Vorteil gegenüber den Lohnempfängern und Selbstbedienten hat behauptet oder erwerben können, in einem Augenblick, wo das Schicksal von der Aufbringung ausreichender Mittel nicht unwesentlich abhängt. Will der Besitz seine Existenz retten, so hat er große Opfer nicht nur für den Augenblick, sondern voraussichtlich für eine lange Dauer zu bringen. Diejenigen Kreise der bestehenden Wirtschaft, die das nicht einsehen, würden Totengräber ihrer eigenen Existenz und Arbeitsfähigkeit sein. Alle Ermahnungen zwingen deshalb zu einem scharfen Steuereintritt.“

Es bleibt nur abzuwarten, ob diese erfreuliche Einsicht, die jetzt endlich in zwölfter Stunde selbst solchen Deuten gekommen ist, auch vorhält, wenn die Bühlerien der Interessenten, der „Sachverständigen“ zusammen mit der Agitation

### Höhen-Patriotismus.

Von Dr. Ernst Schütte-Bremen.

Daß auf hohen Höhen eine besondere Art Patriotismus wächst, hat eine kleine Wanderschar von jüngeren Schülern dieser Tage zu erfahren Gelegenheit gehabt. Auf hohen Bergen wachsen ja nicht nur seltene Pflanzen, sondern auch andere Seltenerheiten. Und der, der hinter die Kulissen dieser Welt zu sehen gelernt hat, wird auch diese Erscheinungen nicht mehr bestaunen, sondern mißdeuteln.

Also: Riesengebirgsfahrt. Der Eintritt ins Gebirge war im schönen Ort „Bad“ Hilsberg an der hohen Isar. Dicht an der Reichsgrenze. Warmer, verholten nebliger Sommermorgen. Am Bahnhof die vielen gedrängt, die den Zug abnehmen als das Ereignis des sonst ereignislosen Badetages, die vielen, denen das wohl erworbene Papierkapital den Genuß der hohen Natur ermöglicht, um die Devisenperioden auszurufen und zu stärken. Hinter der kleinen Schar, die wanderlustig losfährt, ertönt es aus festem Munde: „Diese Landplage!“ Das war beim Eintritt in die große Welt der Berge.

Nach unruhiger Orkannacht unter dem göttlich-freundlichen Dach im Kaffeequartier der böhmischen Wiesenbaude ersteigt die kleine Schar die höchste Höhe, die Schneetoppe. Scharfer kalter Wind peitscht Nebelmassen um das Haupt des Bergriesen, daß schon scharf neugierig werden muß mit den Rückläden, oben auf dem letzten Grateweg. Ab und zu ein Riß in den Wolken, der die Schluchtgründe und weithin das schlesische und das böhmische Land in Sonne sehen läßt. Auf der Höhe der Koppe verfliegt die Wärme vom Anstieg sehr schnell. Dem Gefühl nach ist es nur wenig über null Grad. Oben liegen zwei Bauden beiderseits der Grenze: eine deutsche und eine tschechische. Daß deutsche Jungen die deutsche Baude aussuchen für ein kurzes Obdach, als Wind- und Nebelschutz, ist wohl naheliegend. Da der Vorrat der kleinen Bergkapelle nicht Wärme genug bot für die kurze Ruhepause vor dem Abstieg nach Schmiedeburg (4 Stunden) und weil da auch nicht der richtige Ort war für das Rückkehrfrühstück: Eintritt in die deutsche Baude. Der Wirtschaftsraum gedrängt voll wie ein Bahnhofswartesaal. Auf einzelne freie Plätze verdrängt hätte die Wanderschar wohl unbemerkt Platz gefunden in dem von Menschen und Räder erwärmten Raum. Ein Nebenraum war noch da. Weiß gedeckte Tische stießen auf Weinzwang schließten. Aber ein paar Touristen saßen da bei Bier. Mehrere Tische waren noch frei. Da hatte die kleine Schülerchar die Vermessenheit, für einige Ausruhmitten diese Tische benutzen zu wollen. Darauf der leitende Kellner mit Amtsmiene: „Diese Tische müssen frei bleiben! Es kommen andere Gäste. Gehen Sie hinüber in die tschechische Baude, die ist leer!“ Alle Vorstellungen des Führers der Schar halfen nichts: „Also weist der Deutsche dem Deutschen die Tür, schmeißt ihn hinaus.“ — Und schiebt ihn über die Grenze ab, nach Böhmen. Ja, so ein Schüler verzehrt wenig oder nichts. Aber

zu einigen Tassen „Haus“-Kaffee hätte das Wandertapital doch wohl noch gelangt. Allerdings nicht zu mehreren Gängen mit Wein.

Die tschechische Koppensbaude. Dunkler Wirtschaftsraum. Fast leer. In der Veranda, die nach dem böhmischen Hang der Koppe hinausragt, ist es hell und auch leer. Dahinein, um noch einen Blick zu erhaschen in die tiefe Weite, wenn der Wind den Rebel zerpeitscht. Aber der Ober, auf deutsch-böhmisch: „Die Veranda muß freibleiben für andere Gäste. Wenn Sie in Kronen bezahlen, können Sie da sitzen.“ Im dunklen Raum konnte also für deutsche Papiermark gefessen und gegetten werden. Der Platz am Licht und an der etwaigen Sonne ist Valutaobjekt. Das erfuhr wir doppelt auf der Schneetoppe, beiderseits der deutsch-tschechischen Grenze. Ja, auf den Gipfeln wächst Humanität in Reinkultur. Ober-Humanität auf den Bauden der Schneetoppe. Wer es kann, sollte solche gastlichen Stätten meiden. Aber auf den Höhen der natürlichen Berge haben sie das Gastmonopol.

Als wir abstiegen über den Riesentann auf Schmiedeburg zu, kamen wir sehr bald unter der Koppe in eine Gewitterwolke mit Platzschloegen, Hagel und Donner. An der Grenze des Baumwuchses drückten wir uns in den nur kümmerlichen Schutz der tieferen Krüppelkieseln. Und die schüchtern bereitwilliger die deutschen Jungen als ein deutsches Dach.

### Die Reichsbank von Schilda.

Die Heberchrist könnte irreführen, daher sei zur Aufklärung bemerkt, daß dieses Schilda in Berlin, in der nächsten Nähe des Hausvogteiplatzes liegt. Der Schildbürgerstreiche im Reiche des Herrn Havenstein gibt es gar viele und sie haben alle das gemeinlich, daß sie dem deutschen Volk teuer zu stehen kommen. Ein neues, nicht zu übertreffendes Schildbürgerstückchen berichtet das neunte Heft des Nachrichtenblattes für Reichsbankbeamte vom 20. August. Darin wird folgendes erzählt:

„Die sich geradezu überstürzende Geldentwertung hat auf unseren Bankbetrieb bei aller Tragik erbeiternde Wirkungen zur Folge. So wird niemand bestreiten wollen, daß es auf wirtschaftlich denkende Menschen lächerlich wirkt, wenn sie beobachten, daß bei der Reichsbank heute noch 1- und 2-M.-Scheine formiert werden — wie einst als der Dollar 15 oder meinetwegen auch 2000 stand. Ist diese Arbeit jetzt nicht zum Aufzug geworden?“

Man denke: eine sehr gemachte Geldzählerin formiert am Tage 20 000 Einmarkscheine. Sie kostet (damals) der Bank rund 100 000 Mark. Also nach Adam Riese: ein Schein kommt auf 5 M. zu stehen. Doch damit ist die Sache nicht zu Ende! Die Scheine werden nach Berlin geschickt und dort nachgezählt. Wir fanden dieser Tage u. a. einen Beutel 1-M.-Scheine mit einem Inhalt von 14 000 M.; das Porto belief sich auf 17 400 M. Der Beutel stellte an Wert sicher ein Vielfaches des Inhalts dar. Von der Arbeit des Vadens und dem sonstigen Postmaterial sehen wir ganz ab.

Beim Nachzählen in Berlin werden natürlich hin und wieder Fehler entdeckt, sonst wäre die Arbeit ja überhaupt nicht zu be-

gründen. So bekamen wir dieser Tage einen Schrieb, der mit Feierschick feststellt, daß in dem beiliegenden, vier Unterschriften tragenden Bunde 3 M. gefehlt hätten, die unter den „Bermittlern“ zu vereinnahmen seien. Man sagt sich unwillkürlich an den Kopf und fragt sich: träumst du eigentlich, oder bist du wach? Da du aber wirklich ungetrübtes Bewußtsein feststellst, rechnest du aus, daß allein das Formular, worauf die Mittelung der fehlenden Summe gemacht wird, jetzt wohl mindestens 50 M. kosten wird.

Zum Glück gibt es auch beim Zählpersonal noch wirtschaftlich denkende Menschen. Kürzlich gab unser Kassierer einer kaum eingestellten Geldzählerin einige Pakete 1-M.-Scheine zum Formieren. Sie kann etwas nach, holte ihre Geldtasche und gab dem Kassierer den Gegenwert in 1000-M.-Noten mit der Bitte, ihr doch eine nutzbringendere Arbeit geben zu wollen.“

Das mag eine schöne Aufregung ob dieses Einbruches des gesunden Menschenverstandes in Schildas heilige Hallen gegeben haben. St. Bureaurokrasus haßt nichts mehr als roches Denken, er liebt nichts mehr als den „guten alten Trutt“. Wie wäre es, Herr v. Havenstein, der Sie ja noch immer autonom Ihr uns so teures Schildbürgerreich beherrschen, wenn Sie wenigstens ab und zu sich bei der kleinen Geldzählerin Rat holten?

Warnung vor Hypnose in Schulen. Die okkultistische Welle, die seit einiger Zeit, wie durch die ganze Welt, so auch durch Deutschland geht, hat sich selbst in die Schulen einloch zu verdrängen gewußt. In letzter Zeit haben die Schulleiter verschiedentlich herumziehenden Personen auf vorgelegte Empfehlungen hin gestattet, in den Schulen Experimentavorträge über Hypnose, Wachsuggestion, Telepathie und ähnliche Gebiete zu halten. Wie die „Allmähliche Wochenschrift“ mitteilt, hat sich nun das bayerische Unterrichtsministerium in einer Verordnung dagegen gewandt. Bei den schweren sittlichen und gesundheitlichen Gefahren, die derartige Vorführungen gerade für die jugendlichen, noch in der Entwicklung stehenden Schüler und Schülerinnen nach sich ziehen können, wird nachdrücklich vor der Zulassung solcher Veranstaltungen gewarnt, die ohne besondere polizeiliche Genehmigung verboten sind.

Eine Photographie - Audition. Unter dem 3. bis 9. September im Rahmen der Berliner Photowochs im ehemaligen Herrenhaus statt. Es soll die Entwicklung der Photographie von ihren ersten Anfängen bis zur Gegenwart veranschaulichen.

Das Thalia-Theater ist nach Ausschließen der Direktion Adler und nachdem der Theater durch Direktor Majos pachtfrei überlassen worden ist, von dem gesamten Personal in eigene Rechnung übernommen worden. Die Mitglieder spielen auf Teilung.

Neuehaltung des Theaterbilletverkaufes. Einige Berliner Bühnenleiter haben beschlossen, in der kommenden Spielzeit die Goldpreiszrechnung einzuführen. Der billigste Platz soll im Grundpreis 0,50, der teuerste 6,00 Mark kosten. Diese Summe wird mit einer fünfziffern multipliziert, die täglich an der Kasse bekanntgegeben werden wird.

Die Wiener Reinhardt-Bühne in der Josephstadt wird im September wahrscheinlich nicht eröffnet werden können, da der böhmische Direktor (Arno) alle während seiner Direktionszeit angekauften Einrichtungen aus dem Gebäude hat entfernen lassen und es unmöglich ist, das Haus in wenigen Wochen neu auszustatten.



Her Reaktionen, weitergehen. Es gibt gewiß genügend kluge Leute auch in diesem Kreise, die wissen, was für sie auf dem Spiele steht, aber politische Klugheit war bisher keine Tugend des deutschen Bourgeois, und es wird festen Zupackens bedürfen, um alle Widerstände zu überwinden, die sich der Gefundung entgegenstemmen.

## Sozialdemokratie und Generalstreik.

### Beschlüsse der Betriebsfunktionäre.

Wir berichteten gestern morgen über das Referat des Genossen Heinig, das er in einer überfüllten Versammlung der Betriebsvertrauensleute, Betriebsräte und Gewerkschaftsfunktionäre gehalten hat.

An das Referat schloß sich eine zweistündige, auf hoher Warte stehende Diskussion. Die einzelnen Redner schlossen sich dem Resultat der Unterzungen, die Genosse Heinig über den kommunistischen Generalstreik angestellt hatte, vollinhaltlich an. Auf allen Seiten kam die schärfste Erbitterung darüber zum Ausdruck, daß die Kommunisten nicht nur zum reaktionären Terror übergegangen sind, sondern auch planmäßig darauf ausgehen, die Gewerkschaften zu zerstören. Von allen Seiten wurde gefordert, daß jetzt mit vermehrter sachlicher und persönlicher Energie gegen die Zerstörer der Gewerkschaften und die kommunistischen Feinde der Arbeiterbewegung vorgegangen werden müsse. Es wurden unter Zustimmung der Versammlung von verschiedenen Diskussionen positive Vorschläge gemacht, wie überhaupt die gesamte Debatte sich nicht in negativer Kritik erschöpfte, sondern klare Vorschläge zur aktiven Arbeit machte.

Es wurden dann die beiden nachstehenden Entschlüsse einstimmig angenommen:

#### I.

Die am 20. August in den Sophiensälen tagende Gewerkschaftsfunktionärenkonferenz der Vereinigten Sozialdemokratie, billigt die Haltung der Berliner Partei- und Gewerkschaftsinstanzen zu dem sogenannten Fünfzehner-Ausschuß ausgehenden wilden Streik. Sie spricht dem Fünfzehner-Ausschuß und der von ihm zusammengerufenen Betriebsräteversammlung als Einrichtung der kommunistischen Partei jedes Recht ab, irgendwelche gewerkschaftlichen Maßnahmen zu beschließen. Die Funktionärenversammlung fordert alle Parteigenossen auf, jetzt erst recht ihre Pflicht und Schuldigkeit in den Betrieben und Gewerkschaften als Betriebsräte und Vertrauenspersonen zu erfüllen und nicht in ihrer Tätigkeit zu erlahmen.

#### II.

Die Versammlung fordert angesichts der durch die Kommunisten provozierten Arbeitslosigkeit, daß sofort umfassende Maßnahmen zur Beschaffung von Notstandsarbeiten getroffen werden. Es müssen auch die Unterstützungsmöglichkeiten für die Arbeitslosen so erhöht und verbürgt gemacht werden, daß sie nicht im Elend verkommen und dadurch zu Verzweiflungstaten getrieben werden. Weiter fordert die Versammlung, daß die Dauer der Erwerbslosenunterstützung für ungelernete Arbeiter und verwandte Berufe auf 39 Wochen ausgedehnt wird. Die Versammlung fordert weiter, daß die Karenzzeit von einer Woche für die Arbeitslosen aufgehoben wird.

Der Verlauf der überfüllten Versammlung, bei der im Saal und auf den Galerien die Funktionäre bis zum letzten Augenblick ausblieben, zeigte eine Stimmung, eine Einheitslichkeit und eine Kampfkraft, die sich in Berlin auswirken wird. Man war sich vollkommen darin einig, daß bei aller Unterschiedlichkeit der Auffassung im einzelnen, nach außen die geschlossene Front gewahrt bleiben muß. Die Konferenz war ein Schritt auf dem Wege zur Anwendung verklärter Energie der sozialistischen Bewegung in Berlin.

## Entschließung des AFA-Bundes.

Der Gesamtvorstand des AFA-Bundes trat am Dienstag in Berlin zu einer außerordentlichen Sitzung zusammen. Es wurde eine Entschließung angenommen, in der mit Besorgnis festgestellt wird, daß auch in den letzten Tagen die Sanierung des Reichshaushalts durch die Rühnicher der Markterverschlechterung wiederum ungenügend beeinflusst worden ist. „Der Bundesvorstand richtet deshalb“ — so heißt es in der Entschließung — „an die Reichsregierung das folgende Ersuchen, durch vermehrte Aktivität in der Außenpolitik bald eine Entspannung des Rühnicher herbeizuführen. Innerpolitisch vermögen nur die sofortige Aenderung in der Leitung und in der Kreditpolitik der Reichsbank und eine rücksichtslose Eintreibung der neu beschlossenen Steuern, die sofortige Beschlagnahme und Erfassung der zur Bezahlung von Einfuhr nicht unbedingt erforderlichen Devisenbestände Aussicht auf eine Einschränkung der bisher unheilvoll anwachsenden Inflation und auf Hemmung des Währungsverfalls zu eröffnen. Den neuerdings wiederum systematisch einsetzenden Versuchen der besitzenden Kreise, sich auch diesmal der Steuerentrichtung zu entziehen und die Folgen der bisherigen Mißwirtschaft auf die Arbeitnehmerschaft abzumägen, kann nur vorgebeugt werden, wenn die Reichsregierung vor allem den geplanten Betriebskürzungen und Betriebseinsparungen mit der daraus erwachsenden Arbeitslosigkeit einen Riegel vorsetzt. Eine dauernde Gelandung der deutschen Wirtschaft erscheint dem Gesamtvorstand des AFA-Bundes überhaupt nur denkbar, wenn neben den steuer- und währungsrechtlichen Maßnahmen der Reichsregierung sofort alle erforderlichen Schritte zur Erfassung der Sachwerte in die Wege geleitet werden. Nur durch die Mitbeteiligung des Reiches an den Betrieben in Industrie, Gewerbe und Landwirtschaft kann eine durchgreifende Aenderung der unhaltbar gewordenen Wirtschaftspolitik in der Richtung erreicht werden, daß künftig nicht die Privatwirtschaft den Staat, sondern der Staat die Wirtschaft beherrscht.“

## Kampf gegen den Wucher.

Minden, 21. August. (Eigener Drahtbericht.) Auf Veranlassung des Oberpräsidenten von Westfalen fand am Montag, den 20. August, im Regierungsgebäude zu Minden eine Konferenz der Oberpräsidenten von Hannover, Sachsen und Hessen-Nassau sowie der Regierungsvertreter von Oldenburg und Mitteldeutschland statt. In dieser Konferenz nahmen auch die Lebensmittelbevollmächtigten der genannten Behörden teil. Es wurden Mittel und Wege angegeben, um in wirksamer Weise den wilden Handel mit Lebensmitteln zu unterbinden. Einmütig wurde anerkannt, daß auf diesem Gebiete in allen Landesteilen und bei allen Behörden Westdeutschlands planmäßig und einheitlich der Kampf gegen Schieberhandel, Schleichhandel und Wucherlei geführt werden muß. Hierzu bedarf es aber auch der Unterstützung des christlichen Handels, der Erzeuger und der Verbraucher. Das praktische Ergebnis der Konferenz wird sofort der Reichs- und Staatsregierung mit der Bitte um Unterstützung und Förderung vorgelegt. Mit der letzten Verordnung der Reichsregierung ist eine gute Waffe gegen das Schieberhand gegeben, aber es kommt nicht auf die Zahl der Gesetze und Verordnungen an, sondern auf deren Durchführung. Hierzu sind die Verwaltungsbehörden berufen, die trotz der großen Arbeitslast, die auf ihnen ruht, bestrebt sind, gemeinsam mit der ehelichen Bevölkerung das vorhandene Leid des armen Volkes nach Möglichkeit lindern zu helfen. Dies war auch der Kerngedanke der Oberpräsidentenkonferenz in Minden.

Reichsarbeitsminister Dr. Brauns hat zum Gebrauch einer Kur einen kurzen Urlaub angetreten. Seine Vertretung führt Ministerialdirektor Dr. Ritter.

## Hakenkreuzler und Judenbank.

Selbst die reinsten unter den reinen Völkischen können sich der Verquickung mit dem Judentum nicht erwehren. Sogar dem „Völkischen Beobachter“ passieren Dinge, die dem Hakenkreuzler die Wädhne zu Berge stehen lassen. Unser Rürnberger Parteiblatt macht auf solche verdächtigen Dinge in dem bayerischen Hitler-Blatt aufmerksam. In einem Artikel über Heim heißt es im „Völkischen Beobachter“:

Dr. Heim ist ein „Realpolitiker“, der allen Unrealitäten abhold ist. Und als er für seine Zentralgenossenschaft Geld brauchte, ging er zur größten Judenbank Deutschlands, zur Deutschen Bank, um sich dort den nötigen Kredit zu holen und neben den Juden zu arbeiten und von den Juden zu lernen.

In derselben Nummer, in der die Deutsche Bank als die größte Judenbank bezeichnet wird, steht aber auch eine Aufforderung des Verlages des „Völkischen Beobachters“, die folgenden Wortlaut hat:

### An unsere Leser!

Schlageter-Denkmalen bitten wir nicht an uns, sondern direkt an die Deutsche Bank einfinden zu wollen.

### Verlag „Völkischer Beobachter“.

Und damit die Hakenkreuzler ganz besonders erfahren, was völkische Reinheit und Hakenkreuzler-Konsequenz ist, steht in derselben Nummer noch eine Anzeige, die ebenfalls vom Verlag des Blattes herausgegeben ist, worin es heißt:

„Die Anzeigen haben deshalb im „Völkischen Beobachter“ so großen Erfolg, weil die Leser des Blattes wissen, daß im Anzeigenteil nur einwandfreie Firmen Aufnahme finden.“

Im Textteil wird also die Deutsche Bank als größte Judenbank Deutschlands bezeichnet, im Inseratenteil wird aber verlangt, daß die Spenden für ein Schlageter-Denkmal an die Deutsche Bank (also die größte Judenbank Deutschlands) abgeliefert werden sollen, und damit der Hakenkreuzlerjüngling nicht aus dem Staunen herauskommt, versichert schließlich der Verlag, daß die „Deutsche Bank“ — wie sie im Inseratenteil Aufnahme gefunden hat — eine für Hakenkreuzler einwandfreie Firma sei. Und nun mache sich einer daraus einen Vers!

## Saargebiet und Völkerbund.

Die Tagesordnung für die nächste Sitzung des Völkerbundes am 30. August enthält vorläufig folgende das Saargebiet betreffende Punkte: Abschließender Bericht über die Maßnahmen zur Sicherung der Volksabstimmung im Jahre 1935, Amtsniederlegung des kanadischen Mitgliedes der Regierungskommission, Waugh, Bestätigung seines Nachfolgers. Berichterstatter für die Saarfrage ist wieder der chinesische Gesandte in Rom, Tang Tsai Fu.

Nach einer Aufstellung der „Saarbrücker Landeszeit.“ und der „Saarbr. Ztg.“ sind, soweit festgestellt werden konnte, in wichtigen Stellen der Saarverwaltung 31 Franzosen, 5 Schweizer, 1 Engländer, 2 Belgier, 1 Tscheche und 1 Luxemburger. Die minderwichtigen Posten, die mit Ausländern besetzt sind, sind nicht in Betracht gezogen.

### Die Mißwirtschaft im Saargebiet.

Saarbrücken, 21. August. (Mib.) Der 14. die Zeit vom 16. September 1922 bis 5. Juni 1923 zusammenfassende Bericht der Regierungskommission an den Völkerbund gibt im Kapitel „Finanzen“ zu, daß die Finanzen des Saargebietes seit der obligatorischen Einführung des Frankens sich nicht verbessert, sondern verschlechtert haben. Die Eisenbahnverwaltung weist ein Defizit auf, dessen Höhe noch nicht feststeht. Die Kosten der Saarregierung werden von der Saarbevölkerung ausgebracht, deren gesetzliche Vertreter zu dem Haushaltungsplan bis jetzt nicht gehört worden sind. Die Beforderung der vielen französischen Beamten und Angestellten übersteigt die Bezüge der deutschen Beamten und Angestellten bedeutend. Kürzlich wurden die französischen Damen der Regierungskommission zu Beamtinnen ernannt und ihnen ein Monatsgehalt von 720 Frank mit einer Nachzahlung von 1500 bis 1800 Frank zugesprochen, und während man die älteren deutschen Beamten und Angestellten leer ausgehen ließ, wird diesen Französischen mit Rückwirkung seit 1. April 1922 als Ersatz für Pension fortlaufend 25 Proz. des Gehalts mit Zinsen nachbezahlt werden. Auch dieses Geld muß die Saarbevölkerung aufbringen.

## Neue Verhandlungen im Bergbau.

Berlin, 21. August. (Mib.) Nachdem die Bergarbeiterverbände den am 17. August gefällten Schiedsspruch abgelehnt haben, hat das Reichsarbeitsministerium die Tarifparteien zu neuen Verhandlungen auf Mittwoch, den 22. August, eingeladen.

Ibbenbüren, 21. August. (Mib.) Die Belegschaften der staatlichen Zechen sind in einen Lohnstreik getreten.

### Neue Zechenbesetzung.

Bochum, 21. August. (Mib.) Die Franzosen besetzten die Zeche „Bruchstraße“ in Langendreer. Der Betriebsführer Deser wurde verhaftet. Die Belegschaft trat in einen Proteststreik. Ebenso wurden die Zechen „Langenbrahm“, „Gottfried Wilhelm“, „Adin-Reußen“ und „Ludwig“ besetzt.

Auf der Zeche „Rhein-Eibe“ haben die Franzosen einen großen Teil der Bureaueinrichtungen, Schreibmaschinen usw. abtransportiert.

Witten, 21. August. (Mib.) Das Eigentum der Hoechst ist gestern erneut besetzt worden. Die Arbeiter sind in einen 24stündigen Proteststreik getreten.

## Gewitterspannung in München.

München, 21. August. (Eig. Drahtbericht.) Die bayerische Volkstimme vor bedeutenden Ereignissen zu stehen. Die radikalsten außerparlamentarischen Kreise üben einen immer schärferen Druck auf die Regierung Knilling aus, um sie dem Willen der Volksovertretung völlig zu entziehen und dem eigenen Gesug zu machen. Das Wertwürdige dabei ist, daß prominente Persönlichkeiten des Landtages selbst, die maßgebenden Einfluß auch auf die Regierung haben, mit diesen Bestrebungen wohl vertraut sind, so daß man versucht ist, an eine Rückverlebung dieser Parlamentarier im Hinblick auf drohende Ereignisse zu glauben. Es ist bezeichnend, daß trotz der Verschärftheit ihrer Ziele alle Gruppen unserer „Vaterländischen“ einig sind über die erste Etappe des Kampfes: Beseitigung des Parlamentarismus und Aufrichtung einer nationalen Diktatur. Seit dem Wechsel der Reichsregierung vergeht kaum ein Tag, an dem dieses Ziel nicht in einem der mannigfaltigen Mitteilungsblättern dieser Organisationen offen besprochen wird und von denen es dann als letzte politische Botschaft in die bürgerliche Presse Münchens übergeht. Außerdem sind vielfach die politischen Informatoren dieser Blätter die gleichen Persönlichkeiten, die in irgendeiner nationalen aktiven Organisation eine führende Rolle spielen. Hier ist in erster Linie der hinter den Russen besonders

tätige frühere Justizminister Dr. Roth zu nennen, der als deutscher nationaler Landtagsabgeordneter sowohl Hitter als auch Rahr sehr nahe steht. Ob die bayerische Regierung von den gesteigerten Umtrieben und den hochgepöhlten Hoffnungen der „Vaterländischen“ Kenntnis hat, ist unbekannt; immerhin aber ist in maßgebenden Kreisen ein Gefühl dafür vorhanden, daß sich in München eine politische Gewitterspannung ansammelt, die nach Entladung drängt. Die Minister sind inzwischen aus ihrem Urlaub zurückgekehrt. Für Dienstagabend ist der Fraktionsvorstand der Bayerischen Volkspartei zusammenberufen, während am Mittwoch die Regierung mit den Führern der Koalitionsparteien Besprechungen abhält.

Die deutschvölkische Wochenschrift „Niedersächsischer Beobachter“ in Hannover ist auf die Dauer von einem Monat verboten.

## Wirtschaft

### Arbeitsmarkt und Wirtschaftslage.

Nach den Berichten des „Reichsarbeitsblattes“ unterlag die deutsche Wirtschaft während des größten Teiles des Monats Juli ungefähr den gleichen Einflüssen wie im Monat vorher. Der außerordentlich starke Marktsturz, der Ende Juli einsetzte, hat die wirtschaftliche Unsicherheit gesteigert und Schwierigkeiten in der Rohstoff- und Kapitalbeschaffung hervorgerufen. Die Einzelberichte der Industriebetriebe, die diesmal 1,1 Million Beschäftigte umfassen, begreifen sich im allgemeinen noch auf die Zeit, ehe der Marktsturz eingetreten war. Sie ergeben, daß die industrielle Beschäftigung sich etwas gebessert hat. In gutbeschäftigten Betrieben waren 23 Proz. der erfassten Arbeiter gegen 21 Proz. im Juni, in befriedigend beschäftigten Betrieben 41 Proz. im Juli gegen 42 Proz. im Juni und in schlecht beschäftigten Betrieben 36 Proz. gegen 37 Proz. im Juni. Der Beschäftigungsgrad, wie er noch etwa vor einem Jahre verzeichnet wurde, wo 46 Proz. aller erwachsenen Arbeiter in gut beschäftigten Betrieben tätig waren, ist also trotz der Markterverschlechterung in diesem Jahre nicht mehr erreicht worden.

Die Zwangsanleihe ist feinerzeit von den Besitzenden, die gegen jede Art der Besitztsteuer berufsmäßig zu protestieren pflegen, sehr ungenügend aufgenommen worden. Jetzt gehört sie bereits zu den Papieren, die höher stehen als die vollkommen zerrüttete Papiermark. An der letzten Börse am Montag entwickelte sich hierin ein lebhaftes Geschäft, es kam aber keine Notierung zustande. Die letzte vorangegangene Notierung war 180 Proz. Ein Börsenblatt bemerkt dazu, daß die Zwangsanleihe feinerzeit von den Zeichnern größtenteils mit Null bewertet worden ist und in den Büchern abgeschrieben wurde, so daß die jetzt immerhin beträchtlichen Buchgewinne, die darauf erzielt werden, zur neuen Steuerzahlung benutzt werden! Ein Besichtigter, das zu weiterer Steuerzahlung verwertet werden kann, ist allerdings das Kuriosste, was die Steuergeheißung der letzten Jahre geleistet hat.

Wie die Goldmarkpreise künstlich übersteigert werden. Neuerdings ist es zur allgemeinen Sitte geworden, daß die Fabrikanten ihre Preise in Goldmark stellen. Dabei werden die verschiedensten Versuche gemacht, um auch diese Goldmarkpreise höher anzunehmen, als sie sich aus dem Stand der Mark ergeben würden. Wir haben bereits auf derartige Mißbräuche hingewiesen. Nun veröffentlicht die Fabrikanten elektrischer Leitungsdrähte Preisvorschriften, welche den Beschlüssen des Zentralverbandes der deutschen elektrotechnischen Industrie entsprechen. Die Preise werden in Goldmark gestellt, und zwar nicht nach dem Berliner Kurs, sondern nach dem New Yorker Schluszkurs. Dadurch würde sich z. B. ergeben, daß eine gestern fällige Rechnung, die auf Goldmark lautet, um rund vierzig Prozent in Papiermark sich höher stellt als nach der Berliner amtlichen Notierung. Daß derartige Preisstellungen ein Uebersteigern der Weltmarktpreise außerordentlich begünstigen, liegt auf der Hand.

Wie hat Deutschland seine Reparationen bezahlt? Das Wirtschaftsinstitut der amerikanischen Carnegie-Gesellschaft hat seinen ersten Band seiner Untersuchungen über die Zahlungsunfähigkeit Deutschlands veröffentlicht. Wie wir einem Artikel A. Kuczynskis aus der „Völkischen Zeitung“ entnehmen, beziffern die beiden am Gutachten beteiligten Sachverständigen die Leistungen Deutschlands auf 25 bis 26 Milliarden Goldmark, während die Reparationskommission nur 8 Milliarden annimmt und Deutschland 44 Milliarden Goldmark bezahlt zu haben angibt. Da Deutschland eine passive Zahlungsbilanz nach dem Kriege hatte, konnte es für Reparationszahlungen nicht aus Ueberflüssen seiner Wirtschaft leisten, sondern indem es 1. für etwa 1 Milliarde Goldmark Auslandswerte abließ, 2. für etwa 8 Milliarden Goldmark Papiermark an ausländische Spekulanten verkaufte, 3. für etwa 8 Milliarden Goldmark deutsche Effekten und deutschen Grundbesitz veräußerte.

Währungsstabilisierung und Arbeitsmarkt. Von einer Stabilisierung der Währung werden mit Recht große Gefahren für die industrielle Beschäftigung befürchtet. In Oesterreich, wo bei dem tiefsten Stand der Krone auch die Arbeitslosigkeit ihrem Höhepunkt sich näherte, sind jedoch die Folgen der Stabilisierung der Währung verhältnismäßig rasch überwunden worden. Die Zahl der staatlich unterstützten Arbeitslosen ist von 167 417 Ende Februar auf 96 068 Ende Juni und 87 349 Ende Juli, also in vier Monaten nahezu auf die Hälfte zurückgegangen. Die Wirkungen der Stabilisierung der Währung werden sich also hier in einem Nachlassen der Arbeitslosigkeit bemerkbar.

Der Umlauf von Icherwonez- und Sowjetrubelnoten in Rußland. An Icherwonezbanknoten zu 10 Goldrubel wurden bis 15. August 15,90 Millionen Icherwonez in den Verkehr gebracht gegen 13,50 und 9,60 Millionen zum 1. August und 1. Juni. Der Rubelnotenumlaufl betrug am 1. Juli 9,03 Milliarden Rubel. Nach einer Senkung von 1,5 Milliarden im April auf 0,9 Milliarden im Mai wurden im Juni wieder 1,9 Milliarden Sowjetrubel 1923 neu ausgegeben.

### Amliche Devisenkurse.

	21. August		20. August	
	Käufer (Gold) Kurs	Verkäufer (Weil-) Kurs	Käufer (Gold) Kurs	Verkäufer (Weil-) Kurs
1 holländ. Gulden	2194500.—	2205500.—	1965825.—	1674175.—
1 argent. Pap.-Peso	1745500.—	1804500.—	1386500.—	1408500.—
1 belgischer Frank	249875.—	250625.—	183525.—	190475.—
1 norweg. Krone	897750.—	902250.—	685275.—	691725.—
1 dänische Krone	1087400.—	1042850.—	788025.—	791975.—
1 schwedische Krone	1458350.—	1463850.—	1127175.—	1182825.—
1 finnische Mark	151820.—	152880.—	117705.—	118295.—
1 japanischer Yen	2809850.—	2708750.—	2084900.—	2045100.—
1 italienische Lire	239400.—	240000.—	181545.—	182435.—
1 Pfund Sterling	24987500.—	25082500.—	19251750.—	18848250.—
1 Dollar	5486250.—	5513750.—	4189500.—	4210500.—
1 französisch. Franc	311220.—	312780.—	285410.—	286590.—
1 brasilian. Milreis	548625.—	551375.—	418982,50	416087.—
1 Schweizer Franc	1009470.—	1014530.—	788080.—	789920.—
1 spanische Peleta	782165.—	785885.—	574560.—	577440.—
100 österr. Kr. (gest.)	7780.—	7820.—	5985.—	6015.—
1 litauische Krone	163590.—	164410.—	124087.—	125318.—
1 ungarische Krone	290,25	300,75	234,41	235.—
1 bulgarische Lewa	47880.—	48120.—	36907.—	37098.—
1 jugoslaw. Dinar	54892.—	55138.—	44887.—	45113.—



# Gewerkschaftsbewegung

## Zum Havenstein-Scandal.

### Verhärzung des Konflikts bei der Reichsbank.

Dem Reichsarbeitsministerium war der Versuch gemacht worden, wegen der Entlassung des Vorsitzenden des Betriebsrats Großmann zu vermitteln und die Vertreter der Reichsbank hätten die Erklärung abgegeben, daß die Reichsbank in dieser Angelegenheit sich eventuell einem Schiedspruch des Reichsarbeitsministeriums fügen würde. In seiner Sitzung am Montag hat das Direktorium der Reichsbank sich jedoch auf den Standpunkt gestellt, daß die Entlassung Großmanns berechtigt gewesen sei und daß in dieser Angelegenheit nur die Gerichte entscheiden könnten. Präsident Havenstein teilte dem Reichsarbeitsministerium weiter mit, daß er eine Feststellungsfrage beim Landgericht bereits eingeleitet und daß das Gericht sich bereit erklärt habe, mit Rücksicht auf die Dringlichkeit des Falles am 28. August zu verhandeln. Die Reichsbank sei zum „Entgegenkommen“ bereit und werde Großmann das ihm zustehende Gehalt bis zum 1. Oktober weiterzahlen.

Dieser ablehnende Standpunkt der Reichsbank hat nicht nur in den Organisationen der Bankbeamten und Angestellten der Reichsbank, sondern vor allem unter dem Personal der Reichsdruckerei — das durch das verächtliche Havenstein-Plakat öffentlich verdächtigt wurde, den Mangel an Zahlungsmitteln zu verschulden — sehr lebhaften Unwillen hervorgerufen. Es ist damit zu rechnen, daß die Angelegenheit nunmehr Weiterungen nach sich ziehen wird. Die Spitzenorganisationen sind bereits zu einer Konferenz zusammengetreten, und es ist beabsichtigt, in der Reichsdruckerei sowie unter den Angestellten der Reichsbank eine Abstimmung darüber vorzunehmen, ob die Belegschaft auf die abgelehnte Vermittlungsaktion des Reichsarbeitsministeriums mit der Einstellung ihrer Tätigkeit antworten sollen oder nicht.

Das Reichsbankdirektorium hat Wolffs Telegraphenbureau in Bewegung gesetzt, nicht etwa um endlich den Rücktritt Havensteins zu melden, sondern um zu behaupten, die Zeitungsnachrichten über die Angelegenheit seien zum Teil in wichtigen Punkten unzutreffend gewesen, insbesondere was die Ereignisse anbetreffend, die zur Kündigung geführt haben. Es wird wohl mitteilt, daß die Besprechung auf Veranlassung des Reichsarbeitsministers keine Klärung der Streitpunkte gebracht habe, nicht aber, daß das Direktorium seine Erklärung zurückgezogen hat, sich einem Schiedspruch zu unterwerfen. Die vom Reichsbankdirektorium erhobene Klage werde am nächsten Dienstag vor dem Landgericht III verhandelt. Für schleunige Klärung sei Sorge getragen. Hoffentlich nicht in der Art, wie durch das Plakat die Bevölkerung über die Ursache des Zahlungsmittelmangels „aufklärt“ wurde.

Im übrigen: Herr Havenstein muß gehen!

### Achtung, Buchdrucker!

Die Vereinbarungen der Tariforganisationen vom 11. August 1928 brachten unsere Kollegen bezüglich des Lohnes wieder in die Reihe der Löhne der übrigen Arbeiterschaft. Obgleich die Auswirkung der getroffenen Lohnvereinbarung den Buchdruckern durchaus keine Sonderstellung bringt, nimmt die Prinzipalität die Lohnerhöhung dennoch als Anlaß, diese als Ursache der wirtschaftlichen Krise zu bezeichnen. Die Buchdrucker sollen zum Preisdruck gemacht werden für die stärkere Veranziehung des Unternehmertums in der gesteigerten Steuererfassung. In ihrer Kurzsichtigkeit und Kopslosigkeit treffen die Buchdruckerprinzipale zu allererst ungeseglichen Mittel. Es werden Stilllegungen der Betriebe angedroht, sofortige Entlassungen vorgenommen oder Kurzarbeit angeordnet, ohne die gesetzlichen und tariflichen Bestimmungen zu beachten.

Wir ersuchen unsere Kollegen, den ungeseglichen Maßnahmen der Prinzipale gegenüber die gesetzlichen Mittel in Anwendung zu bringen. Es werden von der Organisation alle Maßnahmen ergriffen und die maßgebenden Instanzen in Anspruch genommen, um die Sache zur Klärung zu bringen. Die Generalversammlung am nächsten Montag in der Buchdruckerei wird noch näher zu dieser Stellung nehmen.

Um eine Uebersicht über die Gesamtsituation zu erhalten, ersuchen wir die Vertrauensleute bzw. Betriebsobleute, uns bis Freitag Nachricht zu geben darüber, ob Kurzarbeit oder Entlassungen

angeordnet oder eine Stilllegung des Betriebes in Aussicht genommen ist. Die Anzahl der davon betroffenen Mitglieder unserer Organisation ist gleichfalls zu melden.

### Ausperrung bei Scherl.

Eine Versammlung des Personals nahm nach Anhörung der Berichte von den letzten Verhandlungen durch Vertreter der Streikleitung und der Organisationsleitung nochmals Stellung zu dem Vergleichsvorschlag. Die Geschäftsleitung hatte in den vielen Verhandlungen nicht das geringste Entgegenkommen gezeigt. In der vorgenommenen geheimen Abstimmung lehnte daher die Versammlung zum zweiten Male mit übergroßer Mehrheit die Annahme des Vorschlages ab.

Wir ersuchen alle Kollegen sowie die gesamte Arbeiterschaft Berlins, uns in dem weitergehenden schweren Kampfe mit allen Mitteln tatkräftig zu unterstützen. Sammellisten sind im Streiklokal Gröndler, Zimmerstr. 30, abzuholen. — Die nächste Versammlung wird durch die Zeitung bekanntgegeben. Die Streikleitung.

# Postabonnetten

Damit die regelmäßige Zustellung des „Vorwärts“ im nächsten Monat keine unliebsame Unterbrechung erleidet, ersuchen wir unsere Postabonnetten, das Abonnement bei dem zuständigen Postamt sofort zu bestellen.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

### Der Schiedspruch für das Baugewerbe verbindlich!

Da die Arbeitgeberorganisationen den Schiedspruch des Bezirksrates abgelehnt haben, hat der Demobilisationskommissar gestern abend den Spruch für verbindlich erklärt. Die Löhne sind bereits in der Dienstagmorgenausgabe des „Vorwärts“ veröffentlicht worden.

### Achtung, Schuhmacher!

Zum „Internationalen Schuh- und Lederarbeiter-Kongress“ am 16. September in Dresden entfällt auf den Bezirk 8, Sitz Berlin, 1 Delegierter.

Für die Richtung der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale ist als Kandidat Kollege

Peter Hamacher, Berlin

vorge schlagen. Die Wahl für Berlin findet heute in den bekannten Lokalen statt. Wir ersuchen dringend, daß sich alle Kolleginnen und Kollegen an der Wahl beteiligen und unserem Kandidaten ihre Stimme geben. Die Wahl ist geheim und erfolgt mittels Stimmzettel auf den der Name des Kandidaten zu schreiben ist. Mitgliedsbuch legitimiert.

Der Ausschuss der G. G. D.

Angestellte im Buchdruckgewerbe erhalten nach Vereinbarung zwischen dem Zentralverband der Angestellten und dem Verein Berliner Buchdruckermeister sofort drei weitere Juli-gehälter Monats August.

Angestellte im Buchhandel erhalten laut gestriger Vereinbarung zwischen dem Arbeitgeberverband der Deutschen Buchhändler und dem Zentralverband der Angestellten bis zum 26. August zwei weitere Juli-gehälter Monats August.

Landwirtschaftsgärtnerei. Der Lohn beträgt ab 15. August für über 20jährige im ersten Jahre 500 000 M., nach dem ersten Jahre 590 000 M., für Obergärtner 610 000 M., Arbeiter 560 000 M., Frauen 360 000 M.

Die für heute abend in Aussicht genommene Versammlung findet nicht statt. Verband der Gärtner und Gärtnerarbeiter.

**Verbandsrat der Post- und Telegraphenbeamten.** Heute abend 8 Uhr im Jugendheim, Lindenstr. 2, 2. Hof, 2. Etz., wichtige Versammlung. Bericht über die letzten Parteiveranstaltungen.

**Pa. C. Lorenz u. G.** Sitzung. V. G. G. D. - Kollegen. Angeleitete, Arbeiter und Kampfbereite! Wichtige Versammlung morgen, Donnerstag, nachmittags 4 Uhr im Lokal Spieker, Tempelhofer Str. 78. Die Löhne des letzten Streiks. Referent: Genosse Adolf Buschfeld, Ausrichter.

**SSPD-Fraktion der Knorr-Bremse, Lichtberg.** Morgen, Donnerstag, nachmittags 4 Uhr im Lokal von Diener, Gürtel, Ecke Poststraße, Lindenstr. Wichtige Fraktionsversammlung. Erhalten oder Gehalten ist dringend notwendig. Mitgliedsbuch legitimiert.

**Der Fraktionsvorstand:** Aug. Dorf.

**Stimmen-Schlichter, Charlottenburger Werf.** Freitag, den 24. August, nachmittags 4 Uhr, Fraktionsversammlung der G. G. D. - Genossen. Arbeiter und Angeleitete im Lokal von Berger, Levetow, Ecke Jagowstraße. Parteiliches legitimiert. Wichtige Tagesordnung.

**Der Fraktionsvorstand:**

### Hga. Lichtberg.

Heute nachmittags 3 Uhr treffen sich die G. G. D. - Mitglieder mit Wassaris bei Schwarz, Köpenickerstr. 10. Die in Arbeit befindlichen, sowie alle, die für Arbeitsaufnahme gestimmt haben, treffen sich eine Stunde später.

Verband der Tischdrucker und Steinbrucker. Heute (Mittwoch) 8 Uhr: Fraktionsversammlung im Lokal, Köpenickerstr. 2. Die allgemeine Lage und die neuen Löhne in unserer Branche. — In dieser Versammlung haben sämtliche Fraktionen aller Bezirke unserer Organisation teilgenommen.

Deutscher Holzarbeiterverband. Vorkonferenz: Fraktionsversammlung heute abend 7 Uhr im Arbeitslokal, Rungelstr. 30. — Die Zweigvereine.

### Verband der Buchbinder und Papierverarbeiter.

Morgen, Donnerstag, nachmittags 3 Uhr in der Schulaula des Köpenicker Gymnasiums, Köpenickerstr. 2-4, Fraktionsversammlung aller Bezirke für sämtliche Generalversammlungsbelegierte, Betriebsräte, Vertrauensleute und sonstige Funktionäre. Der Generalkreis und die Ortsvereine. In Anbetracht der Wichtigkeit der Tagesordnung ist das unbedingte Erscheinen sämtlicher Funktionäre erforderlich. Eintritt nur gegen Vorlegung der Funktionäre, bzw. Generalversammlungsbelegierten oder Betriebsratskarte.

Zentralverband der Angestellten. Jubiläumstag: Mitglieder-Versammlung morgen, Donnerstag, nachmittags 4 Uhr im Rosenhofer Hof, Rosenhoferstr. 11-12.

Bezirksarbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Beamten und Scherl-Kongress (Arbeitsausfluß). Morgen, Donnerstag, nachmittags 4 Uhr wichtige Sitzung in der Domstr. 10, Lindenstr. 2, Hof links, 1. Etz.

Sitzung, Zimmerstr. 30, Freitag, den 24. 8. M., abends 6 1/2 Uhr, haben alle Funktionäre der Bezirksvereine bei Penzance, Reichstr. 15, zu einer Konferenz einzufinden. Am Sonntag, den 25., sind dann in allen Bezirken Bezirksversammlungen abzuhalten. Am Montag, den 27. August, abends 6 1/2 Uhr, in Berlin im Lokal, Rungelstr. 30, Fraktionsversammlung. —

Beitrag: Heute, Mittwoch, findet die angelegte Versammlung statt, bei der, sondern am Sonntag, den 25. August, abends 6 1/2 Uhr, bei Dolewski, die Bezirksversammlung. — Der Vorstand.

Zentralverband der Schuhmacher. Freitag, den 24. August, abends 6 1/2 Uhr, im Rosenhofer Hof, Rosenhoferstr. 11-12, Fraktionsversammlung der Schuhmacher.

Bezirksvereine-Beiratsverein Charlottenburg I. Am Sonntag, den 25. August, Lampenfabrik nach Westhof bei Holzham. Abfahrt 1 1/2 Uhr Tagelager Weg, Tempelhofer Aia, Holzhamer Str. 10, Charlottenburg, Abfahrt von 8. Abfahrt, welche der Lampenfabrik zugestimmt aber gar angeht haben, möchten sich ihre Funktionäre vom Kollegen Ege, Werner-Stemms-Str. 22, abholen. Spätestens von 3-4 1/2 Uhr.

Verantwortlich für Politik: Richard Bernick, Berlin-Wilmersdorf; Wirtschaft: Heinz Götter, Friedrichshagen; Gemeindefragen: Friedrich Götter, Berlin; Funktionäre: R. D. Ege, Wilmersdorf; Befehle und Sonstiges: Fritz Krawinkel, Wilmersdorf; Anzeigen: E. G. Götter, Berlin.

Verlag: Hermann-Berlin, G. m. b. H., Berlin, Druck: Formis-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Carl Singer u. Co., Berlin G. B. 68, Lindenstraße 2, hierin 1. Blatt.

Bergmanns Zahnpasta

# Rosodont

die Sparsamkeit selbst  
Seit 70 Jahren bewährt

# Theater, Lichtspiele usw.

<b>Theater in d. Königgrätzer Str.</b> 8 Uhr: Kreislers Geschichten II. Teil <b>Berliner Theater</b> 7.30: <b>Madi</b>	<b>U. Trianon-Th.</b> Eugen Burg in: <b>Casanovas Sohn</b>	<b>Deutsches Th.</b> 7 1/2 Uhr: <b>Schneider Wibbel</b>	<b>Volksbühne</b> Tägl. 8 Uhr: <b>Der Gernohall</b>	<b>Residenz-Th.</b> H. W. W. in: <b>Der gute Ruf</b>	<b>Reichshallen-Theater</b> Tägl. 7 1/2 U. Stett. Sänger.
<b>Kammerspiele</b> 7 1/2 Uhr: <b>Fabrikant Leutner</b>	<b>Lessing-Th.</b> Allabendl. 8: <b>Piarrhauskomödie</b>	<b>Admirals-Varieté</b> Das internationale August-Programm			
<b>Gr. Schauspielhaus</b> 8 Uhr: <b>Sommernachtsraum</b>	<b>Strabrennen Rühleben</b> Mittwoch, 22. Aug., nachm. 2 U.				

**ULAP**

Täglich  
**Großes Monumental-Feuerwerk**  
Ermäßigte Preise — Ein Kind frei

Wir kaufen auch kleine Posten ausgekämmte

# Frauenhaare

einwandfreie Ware, und zahlen heute

## 3 Millionen Mark

für das kg  
für grüne ein Drittel

**Haarverwertung A.-G., Belle-Alliance-Pl. 12**

Alle Artikel zum

# Selbstrasieren

**Kopp & Joseph**  
Berlin W. 50  
in vorzgl. Qualit. u. gr. Auswahl. **Potsdamer Str. 122.**

# NORDDEUTSCHER LLOYD BREMEN

## » C O L U M B U S «

das größte und schnellste Schiff der deutschen Handelsflotte



# BREMEN-NEWYORK

Erste Abfahrten ab Bremen: 11. Oktober, 10. Nov., 12. Dez.

Kostenlose Auskunft **NORDDEUTSCHER LLOYD BREMEN** u. sämtl. Vertretungen

in Berlin W 8: Norddeutscher Lloyd, Kajütenbureau Berlin, Unter den Linden 1 (Hotel Adlon),	in Berlin NW 40: Generalvertretung: F. Montanus, Invalidenstr. 93,	in Berlin W 9: Transatlantisches Reise- und Verkehrsbureau, Budapest-Str. 5,	in Berlin W 8: Weltreisebureau „Union“ Unter den Linden 22.
--	---	---	--



Ein Berliner Oberschulrat.

Vor etwa zwei Jahren verlag der Berliner Oberschulrat Sachse, der Erzieher der Söhne des letzten Kaisers, in einer Klasse sein Notizbuch. Die Schüler stellten fest, daß der Herr Rektor ihren Lehrern die denkbar schlechtesten Zeugnisse ausgestellt hatte.

1. Die Presse berichtet, ein Oberschulrat hätte bei der Reifeprüfung einen Schüler gefragt, warum die Revolution von 1918 eine lächerliche genannt zu werden verdiene.

2. 26. Oktober 1922. Gestern wurde im Landtag festgestellt, daß der in die Strafkasse wegen Ermordung des Ministers Rathenau verurteilte Schüler Studenrauch nach Erhebung der öffentlichen Anklage durch den Oberreichsanwalt mit Zustimmung des Berliner Provinzialschulkollegiums noch das Stegertiger Paulsen-Gymnasium besucht hat.

3. 12. Mai 1923. Gestern wurde im Landtag der folgende Fall zur Sprache gebracht: Zur Zeit der Ermordung Rathenaus verheerlichen Schüler des Realgymnasiums zu Rowames, die aus einer deutschnationalen Jugendorganisation ausgetreten sind, weil sie ihnen zu lau ist, in ihren Aufsätzen den politischen Mord; sie bringen das Schonen Deutschlands nach einem deutschstämmigen Befreier zum Ausdruck.

Es ist es nicht geradezu ungeheuerlich, daß ein Schulrat, der so wiederholt in der Öffentlichkeit bloßgestellt worden ist, darüber urteilen soll, ob Lehrer der Reichsverfassung gemäß den Unterricht im republikanischen Geiste und im Geiste der Völkerverständigung geben?

Die neuen Bäderpreise.

Der Ausschuss zur Festsetzung der Bäderpreise hat folgende Bäderpreise ab 20. August festgelegt: ein Bannbad 175 000 Mark, ein Brausebad für Erwachsene 75 000 Mark, für Studierende, Pflichtfortbildungsschüler, Schüler höherer Lehranstalten 40 000 Mark.

Kilian.

Roman von Jakob Böhmer.

Kilian schweigt. Des anderen Rede ist so müde und traurig. Nach einer Weile sagt Kilian: „Es kann doch sein, daß du recht hast. Ich habe da eine Tafel an einem Hause gelesen, auf der stand, daß vor hundert Jahren zu Zürich einer hingerichtet worden sei...“

Der Ruffe hat die Angel eingezogen. Er fängt an zu reden. „Es war damals vor hundert Jahren hierzulande fast so schlimm, wie zu meiner Zeit in Russland. Der Bauer noch so halb und halb Leibeigener; das Landvolk ganz und gar der Stadt untertan.“

„Arbeiten muß man schließlich,“ wendet Kilian ein. „Ich verstehe dich nicht.“

„Und ist doch so einfach. Siehe, ein Rind muß es verstehen. Da ist so ein Ding, wie dieser Stein, nur größer, runder. Darauf leben soundso viele Menschen. Die brauchen so viel Kleider, so viel Brot, so viel Schmutz. So viel muß her. Es ist vorhanden. Die Erde ist so reich. Ein jeder kann so viel erschaffen, als er braucht, und mehr, viel mehr. Wenn alles eingeteilt ist und geordnet. Statt dessen, was tun die Menschen? Sie fressen, rauben, töten. Verarmen einander!“

„Arbeiten muß man schließlich,“ wendet Kilian ein. „Ich verstehe dich nicht.“

„Und ist doch so einfach. Siehe, ein Rind muß es verstehen. Da ist so ein Ding, wie dieser Stein, nur größer, runder. Darauf leben soundso viele Menschen. Die brauchen so viel Kleider, so viel Brot, so viel Schmutz. So viel muß her. Es ist vorhanden. Die Erde ist so reich. Ein jeder kann so viel erschaffen, als er braucht, und mehr, viel mehr. Wenn alles eingeteilt ist und geordnet. Statt dessen, was tun die Menschen? Sie fressen, rauben, töten. Verarmen einander!“

„Arbeiten muß man schließlich,“ wendet Kilian ein. „Ich verstehe dich nicht.“

„Und ist doch so einfach. Siehe, ein Rind muß es verstehen. Da ist so ein Ding, wie dieser Stein, nur größer, runder. Darauf leben soundso viele Menschen. Die brauchen so viel Kleider, so viel Brot, so viel Schmutz. So viel muß her. Es ist vorhanden. Die Erde ist so reich. Ein jeder kann so viel erschaffen, als er braucht, und mehr, viel mehr. Wenn alles eingeteilt ist und geordnet. Statt dessen, was tun die Menschen? Sie fressen, rauben, töten. Verarmen einander!“

Halle 3 Millionen, kleine Halle 2,5 Millionen; Sonntags große Halle 6 Millionen, kleine Halle 4,5 Millionen. Schwimmunterricht ohne Bad für Erwachsene 600 000 Mark, für Kinder bis zu 14 Jahren 150 000 Mark, für Wäscheaufbewahrung monatlich 150 000 Mark, Leihgebühr für Badewäsche: ein Badeanzug oder ein Badelaken 75 000 Mark, ein Handtuch oder eine Badehose 30 000 Mark, ein Fluchbad für Erwachsene mit Umkleidezelle 25 000 Mark, für Erwachsene ohne Umkleidezelle 12 000 Mark, für Kinder ohne Umkleidezelle 2000 Mark. Eine Wiegemarkt für Benutzung einer automatischen Personenwaage 5000 Mark.

Verlangt er nach einem Denktzettel?

Der Hakenkreuzler als „Dienstherr“.

Die Zeit der Gefindesklawerei liegt hinter uns. Es gibt aber immer noch Leute, die in einem Veruch, eine Hausangestellte über die Bohn- und Arbeitsverhältnisse ihres Berufes aufzuklären, eine Verlesung gefelligter „Herrenrechte“ sehen. Ein Beitrag zur Psychologie mancher Arbeitgeber vom Hausangestellten ist ein Brief, den eine sozialdemokratische Bezirksverordnete von einem Stadtdirektor erhielt, nachdem sie mit seiner Hausangestellten über deren Wohnverhältnisse gesprochen hatte.

„Nach Angabe meiner Haushaltsgelähmten, Fräulein Kerber, haben Sie sich derselben bei Befragungsgängen wiederholt in aufdringlicher Weise genähert und sie zu Zeitverläumnissen veranlaßt, leihthin mit dem Erfolge, daß sie ihren Nachmittagskaffee vollkommen erkalten einnehmen mußte. Ueber das Ziel Ihrer Bestrebungen kann ich nur Vermutungen haben, die der Wirklichkeit ziemlich nahe kommen dürften. Ich warne Sie daher, durch weitere derartige Veruche meine Interessen zu beeinträchtigen; ich bin gewöhnt, die Störung meines Burgfriedens durch Unberufene unangenehmlich privat- und strafrechtlich zu verfolgen oder bei hordnädigem Veruch durch drastischere Mittel Ihnen die Ehrwürdt am Glauben Ihrer Väter — Anstand, Ehrlichkeit, Aufrichtigkeit — wieder beizubringen. Strahendammwohltätigkeit schäme ich im allgemeinen gering ein; ist Ihr Betätigungsbrang aber so zwinzend, so bietet sich Ihnen auf der Katharinen-, Landwehr- und Bieghmannstraße ein dankbares Arbeitsfeld an Objekten, die Ihrer Denktweise näherstehen dürften als meine Hausangestellte. Wenn Sie sich über Hausangestellterverdiennt unterrichten wollen, so gibt Ihnen das sicher auch Ihnen zugängliche Dienstblatt des Magistrats darüber erschöpfende Auskunft, auch über den Wert der Verpflegung, Sozialversicherung und dergleichen. Zu meinem Bedauern habe ich Sie bei wiederholten Veruchen zur persönlichen Mitteilung des Vorstehenden nicht angetroffen.“

Büßig falsch ist die Darstellung, daß die Bezirksverordnete sich der Hausangestellten „in aufdringlicher Weise genähert“ habe, vielmehr wurde unsere Genossin, wie schon eingangs gesagt, von ihr in der Wohnung besucht. Im übrigen beachte man den Ton, in

Preise und Löhne.

Table with 2 columns: Lebensmittelpreise in der Zentralmarkthalle am 21. 8. (in tausend Mark) and Höchste Wochenlöhne in Berlin (in tausend Mark). Includes items like Rindfleisch, Kalbfleisch, Talg, Margarine, Schmalz, Weizkohl, Wirsingbohnen, Johannisbeeren, Pflaumen, Tomaten, Zwiebeln, Stachelbeeren, Labande Hechte, Biela, Hechte in Eis, Grüne Heringe, Metallformer, Waggenbau-u. Karosseriewerke, Elektricitätsarbeiter Gr. I.

Der Markt eteht wieder im Zeichen der stark anziehenden Preise. Die Fettpreise sind im Durchschnitt um 40-50 Proz. erhöht worden. Auch der Fleischmarkt hat eine Erhöhung seiner Preise vorgenommen.

dem dieser Herr Stangenberg zu schreiben sich erdreistet. Aus der beigefügten Wohnungsangabe „Georgenkirchplatz 18“ ergibt sich, daß wir es mit dem Stadtdirektor Stangenberg zu tun haben. Des Geistes Kind er ist, bekundet er dadurch, daß er sich mit dem Hakenkreuz zu „schmücken“ pflegt. Er will die in sozialer Arbeit sich betätigende Bezirksverordnete gerichtlich belangen, wenn sie seinen „Burgfrieden“ stört. Er erbietet sich, ihr durch „drastischere Mittel“ wieder Anstand, Ehrlichkeit und Aufrichtigkeit beizubringen. Er schmüht, auf dem Strahendamm werde sie Objekte finden, die ihrer Denktweise näherstehen dürften. Von jedem Gericht hätte ein Mensch, der einen derartigen Ton anschlägt, Verurteilung und nachdrückliche Bestrafung zu erwarten. Daß der unterzeichnete Stangenberg über die Mitarbeit unserer Genossin in der Gemeindeverwaltung unterrichtet ist, zeigt sein Hinweis auf das auch ihr zugängliche Dienstblatt des Magistrats. Wir können nur wünschen, daß unsere Genossin sich soweit überwindet, sich mit dem Verfasser dieses Schmähbriefes vor Gericht zu stellen. Ihm täte ein tüchtiger Denktzettel not, der ihm andere Manieren beibringt.

Herr Stangenberg ist beschäftigt in der Hauptfürsorgestelle für Kriegsbeschädigte und Kriegerhinterbliebene in der Landwehrstraße. Wissen möchten wir, wie er sich dort betätigt. Kennt ihn jemand aus seinem Verkehr mit Kriegsbeschädigten und Kriegerhinterbliebenen?

Ein mißglückter Raubüberfall.

Der kleine Junge als Retter.

Ein Raubmordversuch am hellen lichten Tage wurde gestern nachmittag in der Blagauer Straße verübt. Dort betreibt eine Frau Anna Benzel in dem Hause Nr. 22 ein Konfitürengeschäft. Um 2 1/2 Uhr, als sie allein im Laden war, betrat ein Mann das Geschäft, zog plötzlich einen Hammer hervor und schlug damit auf die über raufte Frau, bis sie zusammenbrach. Ein kleiner Junge hatte den Vorgang jedoch bemerkt, und Passanten aufmerksam gemacht, die mit Unterstützung eines Beamten der Schutzpolizei in den Laden einbrachen und den Täter auf frischer Tat festnahmen. Dieser suchte sich dadurch der Verhaftung zu entziehen, daß er mehrmals schoß, ohne zum Glück zu treffen. Trotz seines Widerstandes wurde er jedoch überwältigt und von der erregten Menge so übel zugerichtet, daß er sofort als Vollzeigefangener in das Untersuchungsgefängnis eingeliefert werden mußte. Da er nicht vernunftgemäß ist und auch keine Papiere bei sich hat, ist seine Persönlichkeit noch unbekannt.

Zur Kohlenkatastrophe.

Aus Kreisen des Kohlenhandels wird uns geschrieben: „Der Magistrat hat am 18. August in einem Telegramm an sämtliche in Betracht kommende Reichsministerien und in einer durch das Nachrichtenamt der Stadt Berlin an die Tagespresse gegebenen Veröffentlichung auf das Steigen der Kohlenpreise und die dadurch der gesamten Wirtschaft drohenden Gefahren hingewiesen. Es ist richtig, daß die englische Kohle heute in Deutschland billiger ist als die deutsche. Daß daraus große Gefahren für das deutsche Wirtschaftsleben entstehen müssen, kann ohne weiteres zugegeben werden, und ebenso klar ist es, daß das Wirtschaftsleben der Stadt Berlin in erster Linie von diesen Gefahren bedroht ist. Dann ist es aber notwendig, die Berliner Bevölkerung darüber aufzuklären, daß nicht etwa der Berliner Kohlenhändler, weder der Groß- noch der Kleinhandel, an diesen Preissteigerungen irgendeinen Schaden trägt. Selbstverständlich wird vom Berliner Kohlenhandel an der von den Jochen gelieferten Kohle verdient. Dieser Verdienst bewegt sich aber in so bescheidenen Grenzen und die Bedingungen, unter denen die Kohle vom Berliner Handel bezogen wird, sind gerade neuerdings so schwer, daß man in der aller nächsten Zeit mit Sicherheit damit rechnen kann, daß ein großer Teil wenigstens der Berliner Kohlenhändler den Betrieb wird einstellen müssen. Schon in der letzten Zeit sind eine Menge Kohlenhandlungen eingegangen, und zahlreiche andere versuchen ihr Geschäft und ihr Können zu verkaufen. Bisher war es vielen nur dadurch möglich, ihr Geschäft aufrecht zu erhalten, daß bei dem großen Andrang des Publikums jede eintreffende Sendung schnell ausverkauft werden konnte. So lag in den meisten Fällen das eingenommene Geld in dem Augenblick, wo die Rechnung bezahlt werden mußte, zur Zahlung bereit. Infolge der schnellen Wertverminderung sind aber nunmehr die Jochen dazu übergegangen, entweder Vorauszahlung zu verlangen oder die Zahlungsfrist so kurz zu stellen, daß die Rechnung nicht mehr von dem Erlös bezahlt werden kann, zumal

stand der Ruffe, mit gemerktem Gesicht, roter Nase und weißgeschminktem Mund. Alle Viertelstunden ließ er seinen Spruch los. Kilian kannte ihn bereits auswendig:

„Hereinspaziert, meine Herrschaften! Hier leben Sie das Weib, die Sonne! Diese Dame ist tätowiert von der Zehe bis zum Scheitel. Jeder Zentimeter ihres Leibes ist bemalt. Hier, sehen Sie, über der linken Brust trägt die Dame das Bild des russischen Zaren Michajlawitsch, des Großen! Aber auch die Beine der Dame sind tätowiert! Die Beine am schönsten! Alles werden Sie genau sehen! Immer hereinspaziert!“

Die tätowierte Dame aber war niemand anders, als des Meisters Weills Schwester, und die Zeichnung auf ihrer Haut hatte der Ruffe gestern abend mit einem Lintestift hingezichnet, nämlich deshalb, weil der Feuerfresser telegraphiert hatte, er habe Bauchweh und könne nicht kommen. Jrgend etwas aber mußte mit dem bereits errichteten kleinen Wundertheater geschehen, und so hatte man schließlich Fräulein Weill „tätowiert“. Sie hatte dazu ihr Badkleid angezogen, und was dieses nacht ließ, war mit Schnörkeln versehen worden.

Und nun steht sie da oben in einem bunten Mantel, und der Ruffe mit der gemalten Schnapsnase und dem großen Maulruch macht die Menge lustern, indessen der bronzene Riese auf dem Denkmalssockel die Fäuste mit den Kettenstummeln über dem Jahrmarktvolk in die Luft hält.

Immer wieder, wenn Kilian eine Pause machen darf, sieht er dieses Bild, und des Ruffen Worte kommen ihm in den Sinn; daß des Ruffen Ziel wäre, den Tod zu bezwingen, zu den Sternen zu gehen und die Erde vor ihrem Untergang zu bewahren. Aber die Menschen führen auf Holzpfertben im Kreise um und vergingen vor Wüsternheit, ein Frauenbein zu sehen!

Endlich um elf Uhr ist Feierabend. Meister Weill, der nach einem Schlaftrunk ausgeht, begegnet Kilian.

„Was willst du mit der Kette?“

„An den Wagen tragen, sie lag im Weg,“ lügt Kilian. „Gut,“ und „schlaf wohl!“

„Gute Nacht, Meister.“

Der Ruffe lag bereits auf seinem Lager, als Kilian in den Wagen kam, in dem sie beide schliefen. Der Fremde war frockheiter. — Schade. Kilian hätte gern mit ihm gesprochen. Ran schläft er halt auch ein. (Fortsetzung folgt.)



